



Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Thüringen e.V., Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt, Tel. 0361/555 03-10 Fax -19, bund.thueringen@bund.net
www.bund.net/thueringen

Erfurt, 16.03.2017

Die Landesversammlung möge folgendes beschließen:

BUND Thüringen fordert einen breit angelegten Dialog- und Motivationsprozess zwischen Landesregierung und Zivilgesellschaft zur Nachhaltigkeitsstrategie in Thüringen

Erfurt. In Thüringen steht die Fortschreibung der Thüringer Nachhaltigkeitsstrategie an. Bisher hat die Landesregierung nur eine rudimentäre Einbeziehung der Zivilgesellschaft in diesem Prozess geplant. Darüber hinaus sind im Rahmen des „Projektes Global Nachhaltige Kommune“ die Kommunen Erfurt, Jena, Nordhausen, Arnstadt, Saalfeld, Bad Köstritz/Crossen sowie Gößnitz/Schmölln auf dem Weg, eine kommunale Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Diese Vorhaben sind bisher sehr verwaltungslastig angelegt und nicht miteinander verzahnt. Dies wird der Tragweite dieser Weichenstellung für eine nachhaltige Zukunft unseres Landes und seiner Kommunen keinesfalls gerecht.

Der BUND Thüringen fordert die Thüringer Landesregierung daher auf, die Zivilgesellschaft umfassend in die Entwicklung, Ausgestaltung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie einzubeziehen. Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von 1 Mio. € (250.000 €/Jahr) sollen aus den Überschüssen des Landeshaushaltes 2016 finanziert und dem Beirat für nachhaltige Entwicklung zur Organisation dieses umfassenden, flächendeckenden Dialog- und Motivationsprozesses zur Verfügung gestellt werden.

Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung entstehen häufig in gesellschaftlichen Nischen und sich daraus ableitenden gesellschaftlichen Lernprozessen. Dieses Potenzial kann am nur genutzt werden, wenn unsere Gesellschaft offen für Diversität ist und Nischengruppen gut an breitere gesellschaftliche Gruppen angebunden werden.

Auch umweltschonende Infrastrukturen lassen sich nur in der gebotener Geschwindigkeit und Konsequenz ausbauen, wenn dies von der Zivilgesellschaft mitgetragen und nicht durch Widerstände blockiert wird.

Die dafür notwendigen Investitionen können nur mit Unterstützung von nicht-staatlichen Investoren aufgebracht werden, die gesamtgesellschaftlich akzeptiert sind.

Um dies zu erreichen, muss die Landesregierung sich stärker als bisher als gestaltende Staatlichkeit verstehen und Gerechtigkeit, Teilhabe und Lebensqualität in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Nur so kann die Förderung von „Lebensqualität für Alle“ im Mittelpunkt des Handelns gerückt werden.

Thüringen verfügt über eine wache Zivilgesellschaft. Unsere Bürger sehen sich nicht als passive Zuschauer staatlicher Handlungen und gesellschaftlicher Entwicklung, sie begreifen sich als „Citizens“, als mündige, aktiv mitgestaltende Bürger*innen in Netzwerkgesellschaften.

Dies entlässt den Staat nicht aus seiner Verantwortung, die Bürger von der Notwendigkeit der Transformation im Hinblick auf Nachhaltigkeitsziele zu überzeugen, eröffnet aber die Möglichkeit, diese Kommunikation mit der und durch die Zivilgesellschaft zu gestalten.

Nicht zuletzt, ist ein breit angelegter Dialogprozess über die zukünftige Nachhaltigkeitspolitik unseres Landes ein geeignetes Mittel, um nationalistisch-autoritäre und populistische Bewegungen und deren Absage an unsere Demokratie einzudämmen.

Erfurt, 16.03.2017